



# M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

## M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Mülheim am 26.3.2009

Tagesordnung: öffentlich

### Erhaltung der Postfilialen in Heißen und Speldorf

Der Rat der Stadt Mülheim a.d. Ruhr möge beschließen:

**Der Rat der Stadt Mülheim a.d. Ruhr missbilligt die angekündigte Schließung der letzten beiden posteigenen Filialen in Heißen und Speldorf.**

**Der Rat beauftragt die Oberbürgermeisterin, Frau Dagmar Mühlenfeld, unverzüglich beim Städtetag und bei der Bundesregierung aktiv zu werden, um Initiativen einzubringen, womit die vom Bund dominierte Post AG bewegt werden soll,**

**1.) ihre bisherigen Pläne zu revidieren, nach und nach ausnahmslos alle Filialen zu privatisieren, und**

**2.) mittelfristig auch wieder ein vergrößertes eigenes Filialnetz zu betreiben.**

**Die Oberbürgermeisterin wird ferner beauftragt, mit den zuständigen Stellen bei der Post AG Gespräche zu führen mit dem Ziel, die Filialen in Heißen und Speldorf weiter zu betreiben.**

#### Begründung

Beide verbliebenen Poststellen in Mülheimer Stadtteilzentren sind sehr stark frequentiert. Sie sind unverzichtbarer Infrastrukturbestandteil der beiden Stadtteile. Ihre Übertragung auf private Geschäfte verbessert die Versorgung der Bevölkerung insgesamt nicht, im Gegenteil. Am stärksten betroffen sind die älteren Mitbürger/innen. Die Stadtteilzentren, beispielhaft Speldorf und Heißen, stehen bundesweit ohnehin seit Jahren häufig unter enormem Problemdruck wegen der großen Einkaufszentren und dem Wildwuchs von Discountern meist auf ehemaligen Gewerbeflächen außerhalb. Die Privatisierung der Postfilialen beschleunigt den Prozess der Stadtteilverödung, der in Speldorf bereits ein bedenkliches Ausmaß erreicht hat.

Hauptmotiv der Post ist einzig die Einsparung von Miet- und Personalkosten. Die Post AG hat aber auch eine soziale Verantwortung und sie darf nicht nur ihre Aktionäre oder die Sonderausschüttungen an Vorstandsmitglieder im Hauptblickfeld haben. Der Beschluss aus 2008, bis 2011 ihr Filialnetz komplett auf private, meist von Einzelhändlern geführte "Partner"agenturen zu übertragen, war für die Städte und Gemeinden schädlich und für Teile der Bevölkerung ein unnötiger Verlust an Lebensqualität. Deshalb sollten alle nur möglichen Initiativen unternommen werden, um die Post AG zur baldigen Revidierung dieser Beschlüsse zu bewegen.

In Mülheim sollte zudem mit allen Kräften versucht werden, die drohenden beiden Schließungen in Heißen und Speldorf nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

Mülheim, den 11. März 2009

**i.A. der MBI-Fraktion: L. Reinhard, Fraktionssprecher**